

Nonnenstieg-Bürgerinitiative kritisiert städtische Stellungnahme zum Landesraumordnungsprogramm

Die Stadt nimmt im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens Stellung zum Entwurf der Änderung und Ergänzung 2014 des Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP). Ein von der Verwaltung ausgearbeiteter Textvorschlag liegt am 9.10. dem Bauausschuss vor.

Darin heißt es unter anderem:

"Ergänzend ist anzumerken, dass die Innenentwicklung auf zunehmende Schwierigkeiten stößt, seien es massive Einwohnerbeschwerden/ -proteste, naturfachliche Hindernisse oder fehlende Grundstücksbereitstellung."

Die *Nonnenstieg-Bürgerinitiative* kanalisiert und bündelt derzeit massive Einwohnerproteste in Bezug auf das IWF-Bauprojekt am Nonnenstieg.

Wir möchten betonen, dass uns von Anfang an nicht daran gelegen war, das Projekt zu verzögern, zu blockieren oder zu verhindern. Unsere Zielsetzung bestand von Anfang an darin, uns konstruktiv an den Planungsvorgängen zu beteiligen. Wir hätten nichts gegen Geschosswohnungsbau in einem angemessenen und erträglichen Rahmen in unserem Stadtviertel.

Wir wehren uns allerdings dagegen, dass hier in einer völlig aus dem Rahmen fallenden überdimensionierten Größenordnung geplant wird - ohne in irgendeiner Weise die in den Anhörungen klar zum Ausdruck gebrachten Interessen der Anwohner zu berücksichtigen.

Interessenausgleich ist ein wesentlicher Bestandteil von Raumplanung. Proteste sind dort vorprogrammiert, wo eine Stadtverwaltung versucht, einseitig die Interessen eines Beteiligten (beispielsweise eines Investors) gegen die Interessen anderer Gruppen (in unserem Fall die der Anwohner) durchzusetzen.

"Die Schwierigkeiten, von denen die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme spricht, lassen sich im Fall der Einwohnerproteste im nördlichen Ostviertel weitgehend der Stadt selbst zuschreiben" so BI-Sprecherin Elizabeth Gregorius.

Sich beim Land über Proteste vor Ort zu beschweren, erscheint daher in einem seltsamen Licht. Die Stadt hat allem Anschein nach einen entscheidenden Aspekt von Raumplanung nicht verstanden.

Unbequeme Bürgerinitiativen gründen sich in den Städten nur dann, wenn von Seiten der Verwaltungen schwere Versäumnisse und Fehler im Umgang mit den Anwohnern begangen werden und gleichzeitig die städtische Politik tatenlos zusieht und die Interessen der Bevölkerung vor Ort nicht vertritt.

Für die *Nonnenstieg-Bürgerinitiative*,

Francisco Welter-Schultes, Pressereferent

E-mail Sprecherin (Elizabeth Gregorius): sprecherin@nonnenstieg-buergerinitiative.de

E-mail Pressereferent: fwelter@gwdg.de

Homepage: www.nonnenstieg-buergerinitiative.de